

**Facharbeit im Rahmen des Internationalen Parlaments-
Stipendium (IPS) des Deutschen Bundestages 2012**

**Analyse der Repräsentation von Frauen
in den Parteien SPD und CDU/CSU**

Berlin, 13.7.2012

Simona Kramerova

Inhalt

1. Einleitung, Ausgangsthese und methodisches Vorgehen	3
2. Frauen in der Mitgliedschaft der SPD und CDU	5
3. Frauenrepräsentation in den Deutschen Bundestag	10
4. Frauenrepräsentation in den Landtagen in der Bundesrepublik Deutschland	12
5. Schlussfolgerung	14
6. Literaturverzeichnis	16

1. Einleitung, Ausgangsthese und methodisches Vorgehen

Eine gerechte Frauenrepräsentation ist ein wichtiges Thema in der Bundesrepublik Deutschland. Die Wichtigkeit dieses Themas zeigt auch die Einführung von „Frauenquoten“ in den Parteien. Von den fünf im Bundestag vertretenen Parteien haben vier Parteien eine Quote eingeführt. Die Grünen haben als erste die Frauenquote von 50 % schon im Jahr 1979 eingeführt. Die SPD hat eine Geschlechterquote von mindestens 40 % im Jahr 1988 implementiert. Die einzige Partei, die dieses temporäre Instrument noch nicht durchgesetzt hat, ist die FDP.

Hinter der Implementierung von Frauenquote steht der Grundgedanke, dass eine angemessene Frauenrepräsentation ein hohes gesellschaftliches Gut ist. In Fachliteratur kann man mehrere Argumente für gerechte Frauenrepräsentation finden. Ein Argument ist, dass Frauen und Männer gleich sind. In diesem Fall wird eine höhere Repräsentation von einem Geschlecht als ungerecht angesehen. Ein weiterer Grund ist die Vertretung von geschlechtsspezifischen Interessen. Laut Hoecker und Fuchs haben die Frauen in gewissen Maßen verschiedene Interessen als Männer, die sie selbst besser vertreten und durchsetzen können¹.

Die Beteiligung von Frauen an der Politik kann mit sogenannten „magic triangle“ erläutert werden. Laut diesem Konzept gibt es drei entscheidende Faktoren, die das Frauenengagement beeinflussen – die politische Kultur, die institutionelle Faktoren und die sozio-ökonomische Faktoren. Im Bereich der politischen Kultur hat Hoecker eine These entwickelt, die behauptet, dass *„Frauen sind als Mitglieder und Mandatsträgerinnen in linken, liberalen und sozialdemokratischen Parteien wesentlich besser vertreten als in rechten und christdemokratischen Parteien, die in ihrer Programmatik auch von konservativen Geschlechterrollen ausgehen.“*²

Ziel dieser Facharbeit ist es zu verifizieren, ob diese These von Hoecker auf der Parteienmitgliederebene, der Bundestagebene und der Landtagsebene in der Bundesrepublik Deutschland bewiesen werden kann.

Verglichen werden zwei Parteien – die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die Christdemokratische Union (CDU). Der Grund, warum diese zwei Parteien ausgewählt worden sind, ist, dass sowohl die SPD als auch die CDU die zwei großen Volksparteien Deutschlands sind. Um einen glaubhafteren Vergleich zu machen, ist es

¹ Fuchs, Hoecker (2004): 2

² Fuchs, Hoecker (2004): 2

notwendig zwei Parteien mit ähnlichen Strukturen zu vergleichen. SPD und CDU eignen sich von der Struktur, Größe und Organisation besser zum Vergleich als die anderen Parteien wie FDP, die Linken oder die Grünen.

Die Facharbeit ist in drei Teilen gegliedert. Das erste Teil befasst sich mit Frauenmitgliedschaft in den zwei Parteien. Fokussiert wird auf die Mitgliedschaftsentwicklung seit 1991. Der zweite Teil analysiert die Zahl der Mandatsträgerinnen in Bundestag von CDU und SPD seit 1949. Anschließend wird der Frauenanteil in allen Landtagen in der jeweils aktuellen und vorherigen Wahlperiode untersucht.

Dargestellt werden die empirischen Daten in Grafiken und Tabellen.

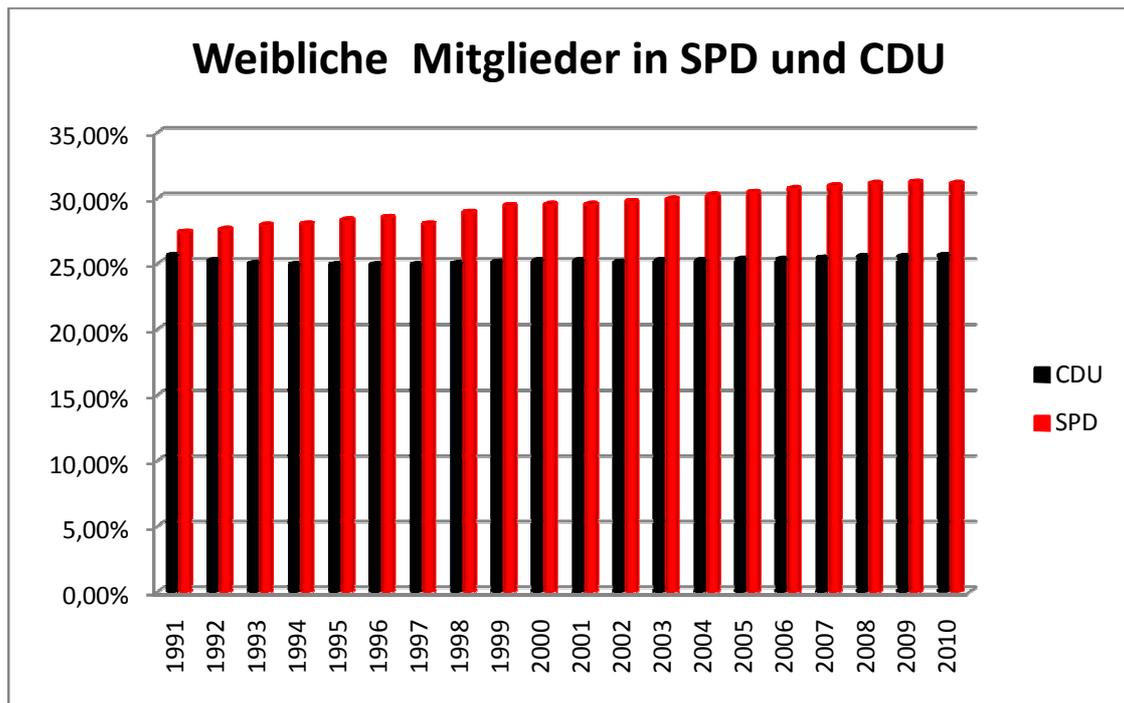
2. Frauen in der Mitgliedschaft der SPD und CDU

Politischen Parteien spielen in der BRD eine große Rolle. Deutschland wird sehr oft als „Parteienstaat“ bezeichnet. Diese besondere Rolle wird den Parteien in Art. 21 des Grundgesetzes zugewiesen: *„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“*³ Die besondere Stellung der Parteien kommt auch im Parteiengesetz zum Ausdruck. *„Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.“*⁴ Weil die Parteien eine zentrale Rolle im politischen System Deutschlands spielen, ist es wichtig zu analysieren, wie hoch der Frauenanteil in den Parteien ist.

Dieser Grafik zeigt die Entwicklung von weiblichen Parteienmitgliedern seit 1991 in der SPD und CDU.

³ Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

⁴ Parteiengesetz (PartG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748)



Quelle: Oskar Niedermayer (2011): Heft 2/2011 der Zeitschrift für Parlamentsfragen, Tabelle 16

Die Zahl der Frauen war in der SPD immer höher als in der CDU. In der CDU ist die Zahl von Frauenmitgliedern stabil, immer gegen 25 %. In der SPD stieg die Zahl seit Anfang der 90er von 27% auf 31% im Jahr 2010 an.

1.1 Exkurs zum theoretischen Hintergrund

Der Anteil von weiblichen Mitgliedern wird von der Struktur der Partei beeinflusst. In den Parteistrukturen spielen die „Gatekeepers“ die entscheidende Rolle. Gatekeepers entscheiden über die nominierten Mitglieder. *„Viele Politikerinnen sind der Meinung, dass die traditionell männlich geprägten Strukturen im Parteienbetrieb kaum veränderbar sind und sich auch durch die zunehmende Präsenz von Frauen nur schwer verändern lassen. Auffällig ist, dass Frauen bei der Frage nach Parteistrukturen in erster Linie an die Versammlungspraxis zu denken scheinen, denn immer wieder wird zuallererst auf das für Frauen bestehende Zeitproblem aufgrund ihrer Mehrfachbelastung durch Familienaufgaben hingewiesen.“*⁵

Diese Unterrepräsentation und Schwierigkeiten mit dem Eintritt in die Parteien können mit verschiedenen Instrumenten korrigiert werden. Die Quote ist ein demokratisches Instrument, das die Unterrepräsentation von Frauen steigern soll. In den letzten Jahren führen immer mehr Länder eine Frauenquote ein. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu

⁵ Online: <http://www.bpb.de/apuz/31548/frauen-in-den-parteien?p=all>

bemerken, dass es sich um ein temporäres Instrument handelt, das nur das Ziel hat eine gleiche und gerechte Repräsentation von Frauen zu schaffen.

In Allgemeinen kann man zwei Argumentationslinien zu Steigerung der Frauenrepräsentation feststellen. Die Befürworter des sog. „incremental track“ argumentieren, dass Frauen nicht den gleichen Zugang zu Ressourcen wie z.B. Ausbildung, Erfahrungen, Zeit, Geld haben und deswegen sind sie unterrepräsentiert. Sie betrachten die Entwicklung der Frauenrepräsentation linear, das bedeutet, dass Frauenförderung zu einer höheren Repräsentation führt. Die Einführung einer Frauenquote wird nicht für notwendig gehalten.⁶ Eine andere Ansicht haben die Befürworter des „fast track“. Die Anhänger des fast tracks argumentieren, dass die Verbesserung von Ressourcen nicht unbedingt zu einer gerechten Repräsentation führen muss. Diskriminierungen und Instrumente wie Quotierungen zugunsten von Frauen sind Kern dieser Ansicht.⁷

In der Fachliteratur unterscheidet man zwei Dimensionen von Quoten. Die erste spiegelt die Struktur wider, welche die Quote einführt – der Gesetzgeber oder die Partei. Die zweite Dimension beinhaltet das Ziel der Quote – die Rekrutierung von neuen Mitglieder, Nominierungen oder Wahlen.

Mandate durch	Bewerber	Kandidaten	Gewählte Parlamentarier
Gesetzliche Quote	Vorwahlen	Kandidatenquoten	Reservierte Sitze
Parteienquote	Frauenlisten	Kandidatenquoten	Reservierte Sitze

Quelle: Dahlerup (ed.): Women, Quotas and Politics. London: Routledge 2006, p.21, updated.

In der Bundesrepublik gibt es keine gesetzlichen Frauenquoten für Parlamente und Parteien. Aber wie schon früher erwähnt wurde, haben die Parteien Quoten in ihren Satzungen eingeführt.

Die SPD hat die Quote im Jahr 1988 eingeführt. Schon in 1990 waren 40 % aller Kandidaten Frauen und so hatte die Quote eine bemerkbar positive Wirkung. 1993 waren 40 % der Vorstandsmitglieder der SPD Frauen. Die SPD hatte aber zunächst keine Sanktionsmechanismen eingeführt, sondern nur Maßnahmen implementiert, die die Anzahl von Frauen erhöhen. Auf dem SPD-Parteitag in 2010 wurde beschlossen, die SPD

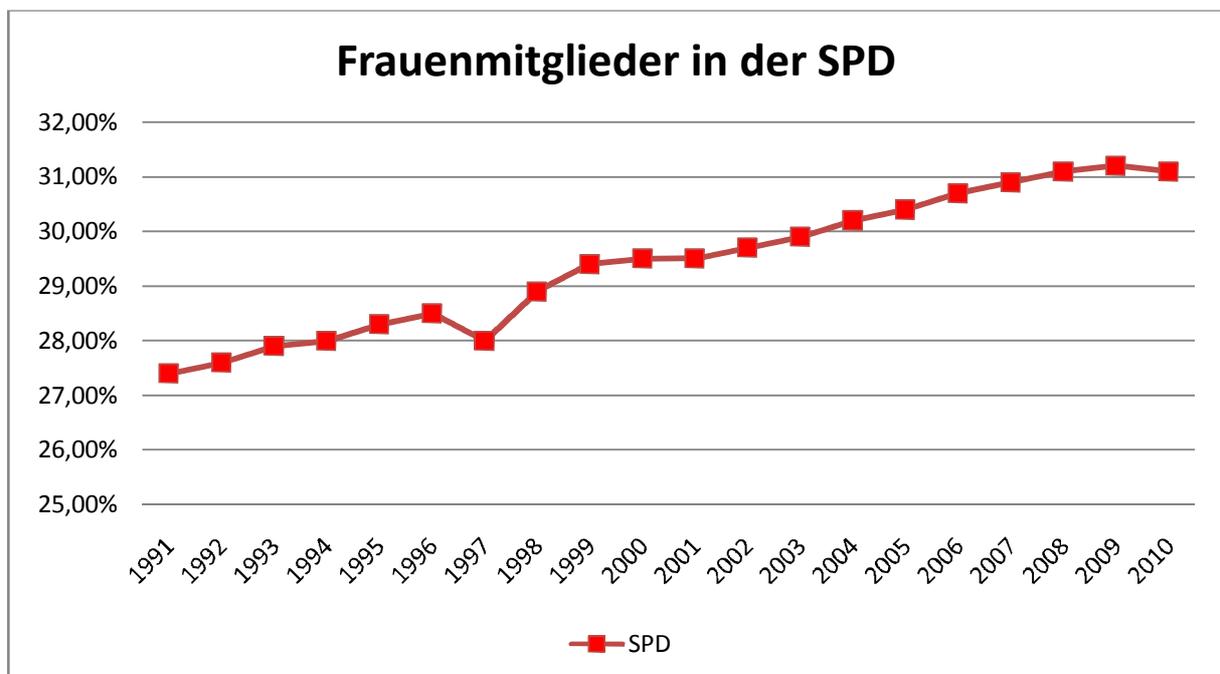
⁶ Dahlerup, Friedenvall (2005): 30

⁷ Dahlerup, Friedenvall (2005): 30

„weiblicher“ zu machen. In diesem Beschluss Nr. 17 wurde folgendes Korrekturinstrument eingeführt.

„Die jeweilige Parteigliederung ist für die Einhaltung der Quote verantwortlich. Vorstandswahlen die Quote nicht eingehalten wird, tritt eine Berichtspflicht an den übergeordneten Vorstand der Partei und der ASF in Kraft. Darin ist darzulegen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um bei der nächsten Wahl die Quote zu erfüllen. Es muss für eine Parteigliederung einfacher sein, Frauen für Kandidaturen zu gewinnen, um die Quotierung einzuhalten, als nichts zu tun. Wir wollen eine paritätische Verteilung der Geschlechter bei Kandidaturen in Wahlkreisen, auch in sicheren Wahlkreisen.“⁸

Die Gleichstellungspolitik der SPD hat positive Auswirkungen für Frauenrepräsentation in der Partei. Seit 1991 steigt die Zahl von Frauen in der SPD.

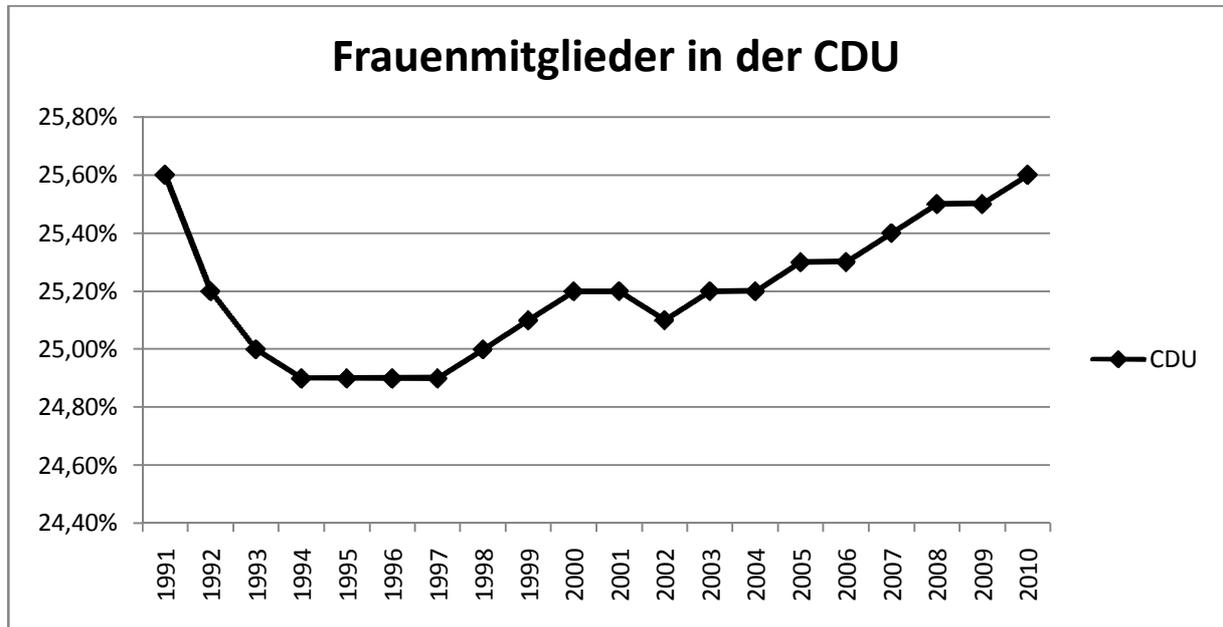


Quelle: Oskar Niedermayer (2011): Heft 2/2011 der Zeitschrift für Parlamentsfragen, Tabelle 16

Die CDU hat ursprünglich die Einführung von der Frauenquote abgelehnt, aber 1996 hat die CDU ein Frauenquorum tatsächlich implementiert. Die Quote beträgt 30 %. Die CDU hat auch Kontrollmechanismen eingeführt. Falls die Kandidatenlisten nicht genug weibliche Kandidaten aufweisen, kann diese Liste abgelehnt werden. Wenn nicht genug Frauenkandidaten auf der Liste stehen, muss die Wahlkommission begründen, warum es zu diesem Zustand gekommen ist. Trotz der Einführung der Quote und den

⁸ Online: http://www.spd.de/linkableblob/21780/data/17_beschluss_spd_weiblicher_machen.pdf

„Sanktionsmechanismen“ ist der Frauenanteil in CDU niedriger als die Zielvorgabe von 30%.⁹



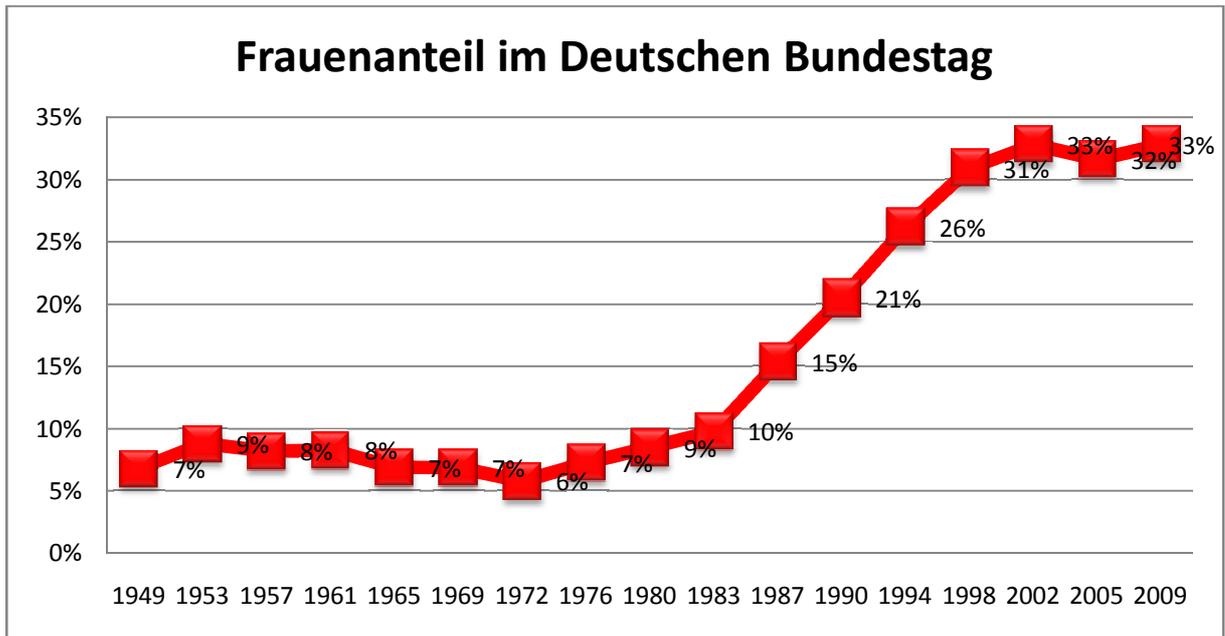
Quelle: Oskar Niedermayer (2011): Heft 2/2011 der Zeitschrift für Parlamentsfragen, Tabelle 16

Sowohl Die SPD als auch die CDU haben die Frauenquote zusammen mit Kontrollmechanismen eingeführt. Nichtsdestotrotz hat die SPD als eine sozialdemokratische Partei seit 1991 mehr Frauen als Mitglieder gewonnen im Vergleich zur CDU, die christlich-demokratisch geprägt ist. Damit wurde die These von Hoecker auf der Parteebene bestätigt.

⁹ Online: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/071022-broschuere-frauenquorum.pdf>

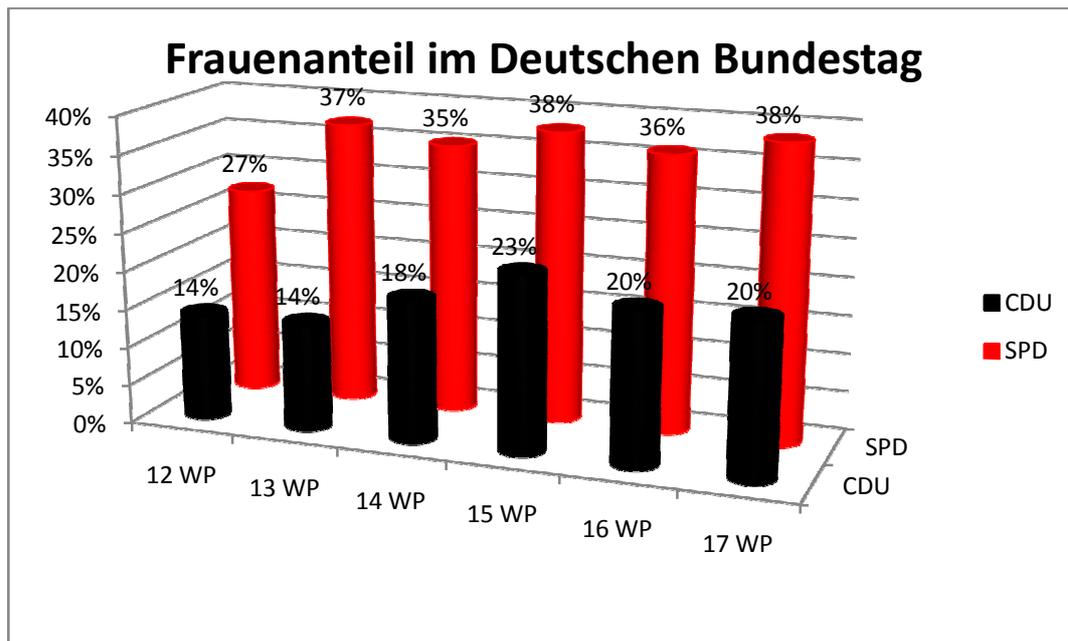
3. Frauenrepräsentation in den Deutschen Bundestag

Die Frauenrepräsentation in den Deutschen Bundestag hat sich mit der Zeit sehr geändert. Obwohl im Grundgesetz in Artikel 3, Absatz 2 steht, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind, sind die Frauen bis heute im Deutschen Bundestag unterrepräsentiert. Die niedrige Frauenrepräsentation bestätigt auch die Grafik, die den Frauenanteil in allen Parteien seit 1949 abbildet.



Quelle: Online: http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03/03_06/03_06_01.html

Der Frauenanteil ist seit den 80er Jahren gestiegen und 2002 und 2009 hat die Zahl der weiblichen Abgeordneten ihren bisher höchsten Stand erreicht. Ein möglicher Grund für diese Steigerung ist die Einführung der Frauenquote, zuerst bei den Grünen und später bei der SPD. Ziel dieser Facharbeit ist es zu beweisen, ob die These von Hoecker auch auf der Ebene des Bundestages zu beweisen ist. Die Darstellung zeigt die Zahl der Frauenabgeordneten in SPD und CDU von der 12. Wahlperiode bis zur 17. Wahlperiode.



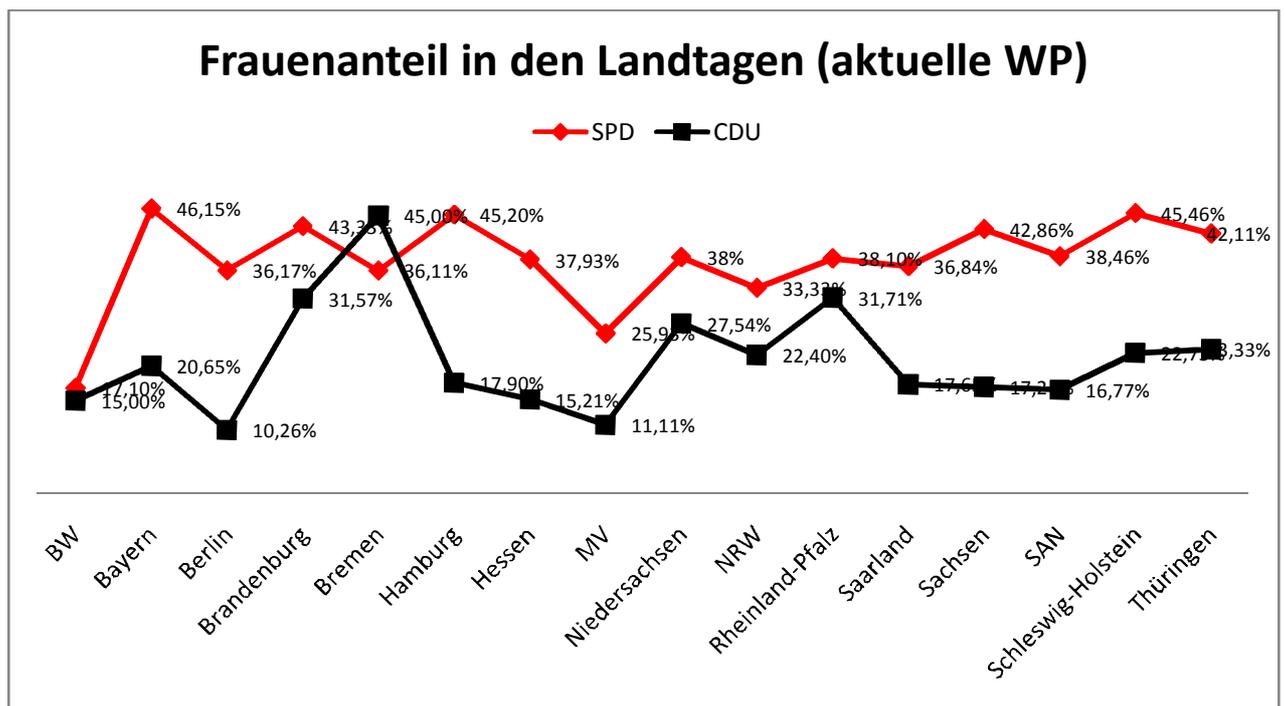
Quelle: Online: http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03/03_06/03_06_01.html

Sowohl bei der CDU als auch bei der SPD hält sich die Anzahl von weiblichen Abgeordneten stabil. Bei der CDU beträgt der Frauenanteil in den letzten zwei Wahlperioden über 20 %, in der SPD über 38 %. Auf der Bundestagebene kann die These, dass Frauen als Mandatsträgerinnen besser in sozialdemokratischen als in christlich-demokratischen Parteien vertreten sind, bestätigt werden.

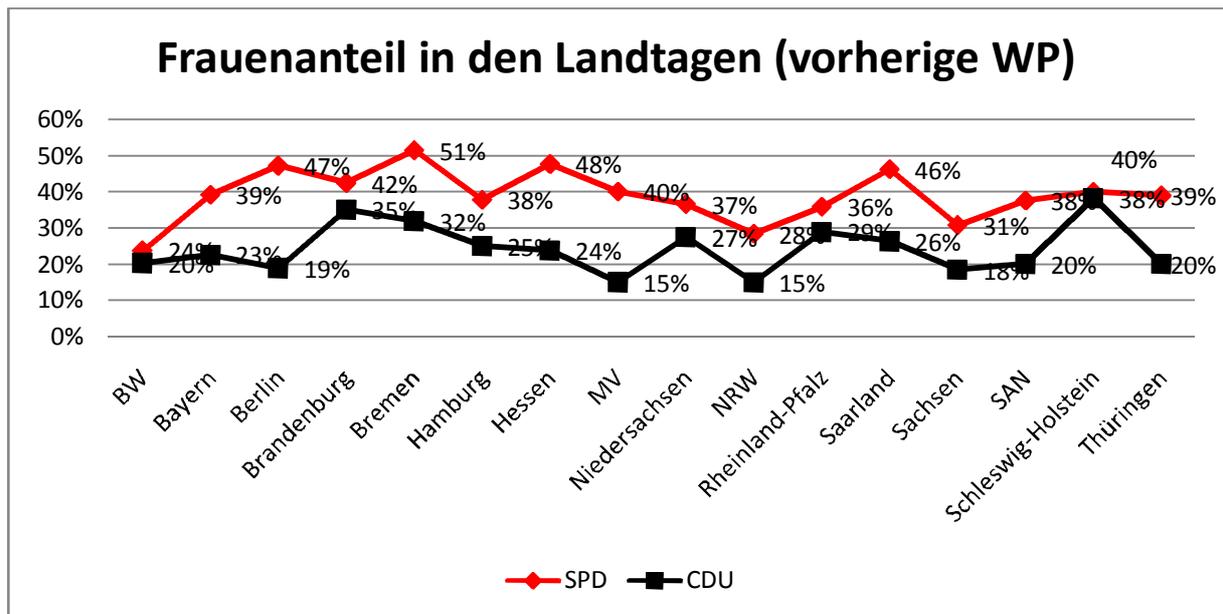
4. Frauenrepräsentation in den Landtagen in der Bundesrepublik Deutschland

In dieser Facharbeit werden alle 16 Landtage der Bundesrepublik Deutschland bezüglich der Repräsentation von Frauen in den jeweils aktuellen und vorherigen Wahlperioden untersucht. Analysiert werden nur die Fraktionen der SPD und CDU, in Bayern die CSU.

Die These von Hoecker, dass „Frauen sind als Mitglieder und Mandatsträgerinnen in linken, liberalen und sozialdemokratischen Parteien wesentlich besser vertreten als in rechten und christdemokratischen Parteien, die in ihrer Programmatik auch von konservativen Geschlechterrollen ausgehen“ wird anhand der Anteile von Frauen in den Landtagen bei der SPD und der CDU beurteilt. Zur Verifizierung dieser Hypothese werden Tabellen zur Darstellung verwendet. Die Tabelle zeigt die Frauenanteile in der SPD (rot) und der CDU (schwarz) in den Landtagen.



In 15 Landtagen der BRD ist der Frauenanteil in der SPD höher als bei der CDU. Nur in Bremen sind mehr Frauen in der CDU vertreten als in der SPD. Die obere Darstellung belegt die These von Hoecker. Um diesen Trend zu bestätigen, muss die These anhand weiterer Beispiele gestützt werden. Um die These zu beweisen, zeigt die nächste Tabelle die Frauenrepräsentation in den Fraktionen der SPD und der CDU in der vorherigen Wahlperiode.



In der vorherigen Wahlperiode war die Frauenrepräsentation in allen Landtagen in der SPD höher als bei der CDU. Auch in der vorherigen Wahlperiode wurde die These von Hoecker bestätigt.

Folgende Trends waren sichtbar und können für zukünftige Analysen wichtig sein. Der Anteil von Frauen in der SPD in den Landtagen ist nur in Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Saarland gesunken. Die Zahl von Frauen ist besonders in den Landtagen von Thüringen, Bayern und Sachsen gestiegen. Der Rückgang war in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern am höchsten.

Der Frauenanteil in den CDU Fraktionen ist nur in vier Bundesländer gestiegen – Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Den höchsten Frauenanteil hat die CDU Fraktion Rheinland-Pfalz. Die Zahl der weiblichen Landtagsabgeordneten ist in Schleswig-Holstein besonders gesunken.

Um eine eindeutige Aussage zu interpretieren, wäre es notwendig, mehrere Wahlperioden zu analysieren. Aufgrund mangelnder Daten war es nicht möglich zusätzliche vergangene Wahlperioden zu untersuchen. Trotzdem ist eine Tendenz einer höheren Frauenrepräsentation in den sozialdemokratischen Fraktionen in den Landtagen sichtbar.

5. Schlussfolgerung

Eine geschlechtergerechte Demokratie steht auf den Prinzipien von Partizipation und Gleichheit. Obwohl im Grundgesetz die Gleichheit von Frauen und Männern verankert ist, ist der Anteil der Frauen in Parlamenten und Parteien im Durchschnitt niedriger als bei Männern. Für die niedrige Frauenbeteiligung am politischen Leben gibt es mehrere Begründungen, wie z.B. die sozio-ökonomische Faktoren, kulturellen Faktoren oder institutionelle Faktoren. Ziel dieser Facharbeit war es, eine These von Hoecker, dass *„Frauen sind als Mitglieder und Mandatsträgerinnen in linken, liberalen und sozialdemokratischen Parteien wesentlich besser vertreten als in rechten und christdemokratischen Parteien, die in ihrer Programmatik auch von konservativen Geschlechterrollen ausgehen“*¹⁰ zu prüfen. Diese These wurde auf drei Ebenen untersucht, Parteienmitglieder, Bundestag und Landtage untersucht.

Auf der Parteienmitgliederebene hat die SPD seit 1991 mehr weibliche Mitglieder als die CDU. Beide Parteien haben eine Frauenquote mit Kontrollmechanismen eingeführt. Die Quote ist bei der CDU mit 30% nicht so hoch wie die Quote bei der SPD und wurde auch seit ihrer Implementierung mit etwa 25% nicht erfüllt. Die SPD hat eine Quote von 40% eingeführt und in den Vorständen wird sie erfüllt, aber trotz einer wachsenden Zahl der Frauen in der Partei, gibt es noch nicht 40% Frauen in der SPD, nur etwa 31%.

Die Zahl von weiblichen Mitgliedern im Deutschen Bundestag ist auch immer ständig gestiegen und hat 2002 und 2009 mit 33% die bisher höchsten Werte erreicht. Obwohl es keine gesetzliche Frauenquote gibt, ist eine steigende Tendenz von Frauen im Deutschen Bundestag zu verzeichnen. Der Anteil der Frauen in der SPD Fraktion ist durchschnittlich höher als bei der CDU/CSU Fraktion. Auch auf dieser Ebene wurde die These von Hoecker bestätigt.

Auf der Ebene der Länderparlamente wurden alle 16 Landtage der Bundesrepublik Deutschland in den jeweils aktuellen und vorherigen Wahlperioden untersucht. Analysiert wurden nur die SPD und die CDU, in Bayern die CSU. In der aktuellen Wahlperiode war der Frauenanteil in der SPD in 15 Landtagen höher als bei der CDU. Nur in Bremen sind mehr Frauen in der CDU vertreten als in der SPD. Auch in der vorherigen Wahlperiode hatte die SPD einen höheren Frauenanteil in allen Landtagen. Die These von Hoecker wurde auch in diesem Fall bestätigt.

¹⁰ Fuchs, Hoecker (2004): 2

Die These von Hoecker wurde in allen drei untersuchten Ebenen bestätigt.

6. Literaturverzeichnis

Dahlerup Drude (2008): Electoral Gender Quota Systems and Their Implementation In Europe. Directorate General Internal Policies of the Union.

Dahlerup, Drud, Freidenvall Lenita (2005): *Quotas as a "Fast Track" to Equal Political Representation for Women*. Why Scandinavia is no longer the model. International Feminist Journal of Politics. S. 26-48.

Fuchs, Gesine, Hoecker Beate: Ohne Frauen nur eine halbe Demokratie. Politische Partizipation von Frauen in den osteuropäischen Beitrittsstaaten. Eurokolleg (04/2004). Friedrich Ebert Stiftung

Fuchs, Gesine, Hoecker Beate (2004): Without Women merely a Half-Democracy. The Political Participation of Women in the East European Accession States. Friedrich Ebert Stiftung.

Oskar Niedermayer (2011): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2011. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 18. Berlin, Freie Universität Berlin 2011.

Helga Lukoschat (1998), Austausch und Vernetzung: Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Politik, in: Helga Foster/Helga Lukoschat/Barbara Schaeffer-Hegel (Hrsg.), Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik, S. 120-196.

Gesetze:

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Juli 2010 (BGBl. I S. 944)

Parteiengesetz (PartG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748)

Internetquellen:

Kürschner, I. (2009) . Frauen in den Parteien. APUZ 50/2009. Online in Internet: URL: <http://www.bpb.de/apuz/31548/frauen-in-den-parteien?p=all> (Stand 13.07.2012)

Kürschner, I. (2009) . Frauen in den Parteien. APUZ 50/2009. Online in Internet: URL: <http://www.bpb.de/apuz/31548/frauen-in-den-parteien?p=all> (Stand 13.07.2012)

Quota Project. Global Database of Quotas for Woman. (2010). Online in Internet: URL: http://www.quotaproject.org/uid/search.cfm#prebuilt=yes&countries=61&types=nofilter&sources=nofilter&filterLevels=lower&displayLevels=lower&fields=AI,multi-quota_type,multi-constitution_q_details,multi-electoral_q_details,multi-pfl_q_details,AC&logurl=http%3A%2F%2Fwww.quotaproject.org%2Fuid%2Fsearch.cfm&quickView=true&qid=674537&d=0&h=18&m=16 (Stand 13.07.2012)

Dahlerup, D. (2009). About Quotas. (2010). Online in Internet: URL:<http://www.quotaproject.org/aboutQuotas.cfm> (Stand 13.07.2012)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (2011). Beschluss Nr. 17. Online in Internet: URL:
http://www.spd.de/linkableblob/21780/data/17_beschluss_spd_weiblicher_machen.pdf (Stand 13.07.2012)

Christlich Demokratische Union. Das Frauenquorum in der CDU. Online in Internet: URL:
<http://www.cdu.de/doc/pdfc/071022-broschuere-frauenquorum.pdf>. (Stand 13.07.2012)

Deutscher Bundestag. (2010). Statistische Übersicht: Weibliche Abgeordnete im Bundestag. Online in Internet:
URL: http://www.bundestag.de/dokumente/datenhandbuch/03/03_06/03_06_01.html. (Stand 13.07.2012)